



Handelsblatt.com

23.09.2009, 10:40 Uhr

Handelsblatt-Umfrage

Schwarz-Gelb geht die Puste aus

 von [Daniel Goffart](#), [Peter Müller](#) und [Thomas Sigmund](#)

Angela Merkels Traum von einem Regierungsbündnis aus Union und FDP könnte platzen. Eine Handelsblatt-Umfrage deutet darauf hin, dass sich die Stimmung wenige Tage vor der Bundestagswahl dreht. Die linken Parteien schaffen es demnach besser, ihre Wähler zu mobilisieren. Auch andere Befragungen ergeben, dass die Bürger offenbar den Glauben an Schwarz-Gelb verloren haben.



Müssen wieder um den Wahlsieg bangen: FDP-Chef Westerwelle und Bundeskanzlerin Merkel.
 Quelle: ap

BERLIN. Die Umfragen der Institute Forsa, Info GmbH und Allensbach deuten auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Union und FDP auf der einen Seite sowie SPD, Linkspartei und Grünen auf der anderen hin. Wie bei der Wahl 2005 verlieren Union und FDP demnach auf den letzten Metern Stimmen und erreichen zusammen nur noch 46 Prozent (Info GmbH). Das würde auch unter Einrechnung der erwarteten Überhangmandate nicht mehr für eine bürgerliche Parlamentsmehrheit reichen. Diese steht nach internen Berechnungen erst ab 47 Prozent.

Die Union rutscht danach auf 34 Prozent ab, die FDP auf zwölf Prozent. Das ist der schwächste Wert für das konservativ-liberale Lager seit Beginn der heißen Wahlkampfphase Anfang Juli. Damit scheint sich die Entwicklung von 2005 zu wiederholen, als der sicher geglaubte Vorsprung von Union und FDP in den letzten Tagen vor dem Urnengang verlorenging.

[Neue Bundesregierung: Von allen Seiten Wünsche](#)

Der aktuelle Abwärtstrend von Schwarz-Gelb geht aus einer bundesweiten Umfrage unter 1 513 Befragten hervor, die das unabhängige Berliner Meinungsforschungsinstitut Info GmbH im Auftrag des Handelsblatts erstellt hat. Befragungszeitraum war die Woche nach dem TV-Duell zwischen Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Herausforderer Frank-Walter Steinmeier am 13. September.

Die SPD kann sich nach der Umfrage auf 27 Prozent verbessern, die Linken erreichen zwölf, die Grünen zehn und sonstige Parteien zusammen fünf Prozent.

Warum Union und FDP nicht zusammenpassen

Dem Wahlrend von „Stern“ und RTL zufolge liegen Union und FDP in der Wählergunst wenige Tage vor der Bundestagswahl mit zusammen 48 Prozent so knapp wie nie zuvor in diesem Jahr vor SPD, Grünen und Linkspartei (insgesamt 47 Prozent). Noch im Februar hatte das linke Lager in der entsprechenden Forsa-Umfrage acht Punkte zurückgelegen. Dennoch könnte es dem Institut zufolge mit Überhangmandaten eine Mehrheit für Union und FDP geben.

Die Union könnte laut Forsa mit 35 Prozent der Stimmen rechnen - zwei Punkte weniger als in der Umfrage vom Montag voriger Woche direkt nach dem TV-Duell zwischen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und SPD-Herausforderer Frank-Walter Steinmeier. Auf die FDP entfallen 13 Prozent (plus 1). Die SPD steigerte sich um zwei Punkte auf 26 Prozent. Grüne (11 Prozent) und Linke (10) blieben unverändert.

Laut Allensbach-Umfrage in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ kommen CDU und CSU auf zusammen 35 Prozent, der Wunsch- Koalitionspartner FDP auf 13,5 Prozent. Die SPD könnte mit 24 Prozent der Stimmen rechnen. Die Grünen kämen auf elf Prozent, die Linkspartei auf 11,5 Prozent.



Welche Standpunkte die Parteien vertreten

Mit welchen Konzepten die Parteien Deutschland aus der Krise führen wollen und wofür die sonst noch stehen. Eine Übersicht. [Infografik](#)

"Der Wahlkampf dreht in Richtung Große Koalition. Offenbar bricht die schwarz-gelbe Welle zu früh", analysiert Info-GmbH-Geschäftsführer Holger Liljeberg die Daten. "Die knappe Mehrheit für Union und FDP scheint dahin zu sein." Allerdings müsse man bei so dicht nebeneinanderliegenden Werten das statistische Fehlerintervall berücksichtigen.

Auffällig ist jedenfalls die seit dem TV-Duell deutlich steigende Zustimmung für Steinmeier. Zwar geben knapp 73 Prozent der Befragten an, die Fernsehrunde habe keinen Einfluss auf ihr Wahlverhalten - allerdings räumen 7,2 Prozent sehr wohl eine Wirkung ein.

In diese Richtung tendieren auch die Ergebnisse der Forsa-Befragungen. Kanzlerin Merkel hat demnach in der Bevölkerung deutlich an Sympathie verloren. Wenn die Deutschen ihren Regierungschef direkt wählen könnten, würden sich nach dem „Stern“/RTL-Wahlrend 49 Prozent für die CDU-Chefin entscheiden, sieben Punkte weniger als am Montag vergangener Woche. Steinmeier konnte sich um zwei Punkte auf 26 Prozent steigern. Laut Umfrage stehen die SPD-Anhänger nun stärker hinter ihm: Drei Viertel von ihnen (76 Prozent) wünschen sich, dass er ins Kanzleramt einzieht. Im Laufe des Jahres schwankte der Wert zwischen 50 und 60 Prozent.

Die linken Parteien schaffen es im Endsputt offenbar besser, ihre Wählerschaft zu mobilisieren. Die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen, steigt bei Anhängern der SPD im Vergleich zum Kampagnenstart im Juli um sieben, die der Linken und Grünen um acht beziehungsweise neun Prozent. Dagegen stagnieren die Mobilisierungswerte bei Unionswählern; bei der FDP sinken sie sogar leicht.

Das großkoalitionäre ABC

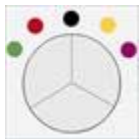


Von A wie Abwrackprämie bis Z wie Zinsschranke

Welche Themen die Wähler während der fast vergangenen Legislaturperiode bewegten.

"Besonders dramatisch" fällt laut Wahlforscher Liljeberg die Wende bei der Frage aus, welche Koalition man erwarte. Schwarz-Rot schießt von 25 auf 43 Prozent, Schwarz-Gelb sackt von 47 auf nur noch 32 Prozent ab. Die Bürger haben offenbar den Glauben an eine schwarz-gelbe Koalition verloren.

Die Union sieht den negativen Schlusstrend mit Sorge. Das gilt vor allem für den Motivationsschub der Linken durch Afghanistan. Laut Umfrage ist den Bürgern inzwischen der Abzug vom Hindukusch wichtiger als der Mindestlohn. "Bei großer Wahlbeteiligung", so ein Unions-Strategie, "wird es eng für Schwarz-Gelb."



Welche Koalition welche Chancen hat

Mit dem interaktiven Handelsblatt-Koalomat können Sie alle möglichen Koalitionsmöglichkeiten durchspielen. Wir sagen Ihnen welche Chancen diese hat. [Infografik](#)

Mit Blick auf die Entwicklung warnt CSU-Chef Horst Seehofer immer drängender vor zu großer Zuversicht: "Die Wahl ist keineswegs gewonnen." CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla forderte bei der Präsentation der CDU-Schlusskampagne am Montag eindringlich weiteres Engagement von den Wahlkämpfern: Der Endspurt sei so knapp, dass es "auf jede Stimme" ankomme. "Wir wollen noch einmal Gas geben, denn die Wahl ist nicht gelaufen", warnt der CDU-Mann.

In der Union herrscht eine gespannte Atmosphäre. "Wir sind optimistisch, aber nicht übermütig", räumt Fraktionsvize Wolfgang Bosbach ein. "Den Leuten ist schon die Sorge anzumerken, ob es am Ende für Schwarz-Gelb reicht." Ein CDU-Ministerpräsident, der nicht genannt werden will, hegt bereits Zweifel, ob die Wahlkampagne der Union mit genügend Schwung in die Schlussgerade geht. "Wir rollen wie eine Seifenkiste auf das Ziel zu, aber ob wir es auch erreichen, ist offen."

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Roland Koch appellierte an seine Partei, im Wahlkampf mehr Einsatz zu zeigen. „Niemand sollte glauben, dass wir die Bundestagswahl von der Zuschauertribüne aus gewinnen. Das gilt für die CDU-Führung wie für jeden einzelnen CDU-Anhänger“, sagte er dem „Hamburger Abendblatt“. Koch betonte, der sachliche Wahlkampf passe zu Bundeskanzlerin Merkel, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise. „Aber wir brauchen auch das Engagement, miteinander jeden einzelnen Wähler zu überzeugen.“ Die Union müsse ihren Wählern klar sagen, dass es in diesem Jahr nicht notwendig sei, Leihstimmen an die FDP zu geben, sagte Hessens Ministerpräsident.

Wahl-O-Mat: Machen Sie den Parteien-Check



Die Bundestagswahl 2009 rückt näher und näher, der Wahlkampf tobt. Mit welcher Partei stimmen Sie am meisten überein? Testen Sie es mit dem Wahl-O-Mat. [Infografik](#)

FDP-Vize Rainer Brüderle wirft der Union eine "eindimensionale Wirtschaftspolitik" vor. "CDU/CSU haben es versäumt, in die Zukunft zu investieren und eine Forschungs- und Innovationsoffensive zu fahren. Ludwig Erhard hätte sich nicht nur auf Warnen und Mahnen beschränkt", sagte Brüderle dem Handelsblatt. "Das hat die Union bis heute nicht erkannt. Jeder muss jetzt wissen, dass für den Wechsel bis zum Schluss gekämpft werden muss. Im Schlafwagen verpasst man leicht den Anschluss."

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/schwarz-gelb-geht-die-puste-aus;2459878>

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**
Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#)
Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)
Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).